




**FAZ.NET****e-paper**Grafische Darstellung  Drucken  Schließen **Bürgergeld ist nicht finanzierbar**

Althaus-Modell vor dem Aus / „Kosten von 165 Milliarden Euro“

nf. BERLIN, 9. November. Das vom thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) geforderte bedingungslos zu zahlende „solidarische Bürgergeld“ von 800 Euro monatlich würde ein Loch von mindestens 164,9 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen reißen. Das geht aus einer bisher unveröffentlichten Berechnung des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) hervor. Das Modell, dessen Realisierbarkeit derzeit auch von der Konrad-Adenauer-Stiftung geprüft wird, sei „finanziell nicht zu stemmen“, warnte IZA-Arbeitsmarktdirektor Hilmar Schneider auf einer Tagung des Instituts in Berlin.

Auch in seiner erwarteten Beschäftigungswirkung von gut 600 000 neuen Stellen bleibe das Althaus-Modell hinter der vom Münchner Ifo-Institut propagierten „aktivierenden Sozialhilfe“ und dem vom IZA geforderten „Workfare“-Konzept zurück, das die Grundsicherung nur auszahlt, wenn die Betroffenen als Gegenleistung einer gemeinnützigen Tätigkeit nachgehen. Für das Ifo-Modell errechnen die Bonner Wissenschaftler eine Beschäftigungswirkung von gut 900 000 Stellen und Mehreinnahmen von 35,4 Milliarden Euro. Beim Workfare-Konzept erwarten sie gut 1,1 Millionen Stellen (davon 300 000 in dauerhaften Arbeitsgelegenheiten) sowie Mehreinnahmen von 31,8 Milliarden Euro. Auch das Sachverständigenratsmodell schneidet mit knapp 380 000 Stellen und 12,9 Milliarden Euro Mehreinnahmen schlechter ab. Schneider und IZA-Forschungsdirektor Armin Falk warben für das Workfare-Konzept, weil es die Höhe der Grundsicherung nicht antaste, sondern lediglich an eine Gegenleistung knüpfe. „Wir rauben den Menschen nicht Geld, sondern Zeit.“ Wenn Arbeitslosengeld-II-Empfänger 40 Stunden in der Woche einer gemeinnützigen Beschäftigung nachgehen müßten, wüchsen die Anreize, auch eine nur geringfügig besser bezahlte reguläre Erwerbsarbeit anzunehmen, da mit dem gleichen Aufwand ein höherer Verdienst erzielt werden könne. Diese Arbeitsverpflichtung ebne den Betroffenen den Weg aus der Sozialhilfefalle. Zudem fehle ihnen die Zeit zur Schwarzarbeit.

Zwar sei auch das Workfare-Modell insofern problematisch, als mindestens 300 000 gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten eingerichtet werden müßten, die reguläre Beschäftigung verdrängen könnten, gab Schneider zu. Jedoch seien die Schäden des gegenwärtigen Systems, das rund 90 Milliarden Euro in die Finanzierung der Arbeitslosigkeit stecke und die Menschen durch falsche Anreizstrukturen daran hindere, sich selbst zu helfen, weitaus gravierender. „Eine Lösung, die klinisch sauber ist, gibt es nicht.“

Falk hob hervor, daß das Workfare-Konzept auch dem Gerechtigkeitsempfinden des überwiegenden Teils der Bevölkerung entspreche. Dies sei in experimentellen Versuchen nachweisbar. Derzeit erhalte eine Arbeitspflicht als Gegenleistung für staatliche Unterstützung in Notlagen nur deshalb so wenig Unterstützung, weil die Zahlungsströme intransparent und die Transfers anonym seien.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.11.2006 Seite 15

Grafische Darstellung  Drucken  Schließen 